

---

**610/J XXII. GP**

---

**Eingelangt am 08.07.2003**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

der Abgeordneten Dr Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde  
an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie  
betreffend Linux im Amt

Aus einer Pressemeldung des Handelsblatt online vom 28. 5. 2003 und dem Standard vom 1.6.2003 geht hervor, dass München als erste Deutsche Großstadt die rund 14 000 städtischen Computer vom Microsoft-Betriebssystem auf das freie Betriebssystem Linux umstellt. Das Plenum des Stadtrats in der bayerischen Landesregierung fasste Mittwoch 28. Mai 2003 einen entsprechenden Grundsatzbeschluss.

Microsoft Produkte garantieren nicht, dass sensitive Informationen nicht an dritte weitergehen.

Unabhängigkeit von einzelnen Herstellern (Monopolisten). Servicepack1 (XP) und Servicepack3 für (Windows 2000), enthalten eine leicht abgeänderte Lizenz, die besagt, dass ich zustimme, dass Informationen meines Systems an Microsoft übertragen werden.

Bei Nichtzustimmung der Lizenz keine Installationserlaubnis.

Im Unterschied zu Microsoft bspw. besteht bei Linuxsystemen keine Verpflichtung zum Upgrade auf neue Varianten einer Software innerhalb des Systems (Beispiel: XP).

Sie obliegt der Freiwilligkeit und ist gratis, was einen laufenden Betrieb von Systemen auf Open Source Systemen erheblich vergünstigt in the long run.

Ebenfalls bekannt ist die Virenanfälligkeit von MS-Produkten, bei denen in der Entwicklung mehr Gewicht auf Design und Features denn auf Sicherheit gelegt wird. Die meisten Viren werden für den Angriff auf MS Outlook programmiert.

Ein weiteres Problem im Zusammenhang mit den kommenden Software-Patenten stellt die Möglichkeit von Preissteigerungen, Absprachen und Regelungen innerhalb der Monopolisten dar.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

### **ANFRAGE:**

1. Welche Systeme werden/wurden bisher in der kommunalen Verwaltung verwendet?
2. In welcher Form wurde der Einsatz von anderen Betriebssystemen von Seiten des BMVIT, insbesondere von Open Source Systemen, geprüft und welches Ergebnis hinsichtlich der funktionalen und wirtschaftlichen Unterschiede ergab diese Prüfung?
3. Wenn nicht auf Open Source Produkte umgestellt werden soll, warum besteht nicht der Wunsch sich aus der Umklammerung des Monopolisten Microsoft zu befreien, wenn die Nachteile von MS Produkten (s.o.) offenkundig sind.
4. Sind die Quellcode-Überprüfungen für Windows XP bereits abgeschlossen? Und wird geplant flächendeckend auf MS-XP umzustellen?
5. Wenn ja, welche Kosten wird das verursachen?
6. Welche Gründe sprechen von Seiten des BMVIT gegen einen Einsatz von Freier Software?
7. Welche funktionalen Vorteile erwartet sich das BMVIT vom Einsatz anderer Systeme im Gegensatz zu Freier Software oder Open Source Produkten?
8. Bestehen keinerlei Sicherheitsbedenken gegen Produkte der Fa. Microsoft im Zusammenhang mit den abgeänderten Lizenzen von Servicepack1 für XP und Servicepack3 für Windows 2000? Wenn nicht, womit wird argumentiert?
9. Wie wird sichergestellt, dass Sicherheitsprobleme im Betrieb bei der Kombination von geprüften Teilen des Betriebssystems mit Anwendungsprogrammen des selben oder anderer Hersteller, die nicht in der selben Form geprüft werden können, ausgeschlossen werden können?
10. Wie wird sichergestellt, dass diese Übereinstimmung auch bei der Auslieferung von neuen Versionen des vorhandenen Betriebssystems oder nach der Installation so genannter "Service Packs" gewährleistet bleibt?